

Stellungnahme der Bunten Linken zur Umsetzung von Hartz IV in Heidelberg

Das Unwort des Jahres „Hartz IV“ ist für Millionen Menschen der Begriff, mit dem sie soziale Ängste, Bürokratie, Leistungsabbau und Arbeitszwang verbinden.

Auch in Heidelberg befürchten wir ein weiteres Auseinanderdriften des sozialen Gefälles.

Anstatt eine breit angelegte öffentliche Diskussion zu führen beziehungsweise anzuregen hüllt sich der Großteil der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppen und mit Ihnen die Stadt Heidelberg und ihre OB zu diesem Thema in Schweigen.

Hinhaltetaktiken a la „das wird ja schon klappen am 1.1.2005“ feiern reichlich Urständ. Bezeichnend dafür ist auch, dass erst vor wenigen Wochen die Bildung einer AG beschlossen wurde, um potenzielle 1 Euro –Job Opfer optimal zu vermitteln.

Dies gipfelt in der Meldung, dass diese frühestens im Frühjahr (!) kommenden Jahres die „ALG II- Fälle“ in Heidelberg entsprechend betreuen kann.

Weiterhin ist nicht bekannt ob die versprochenen Betreuungsquoten eingehalten werden können und die finanzielle Zuteilung an die Kommune Heidelberg ausreicht.

Auch ist ungewiss wie viele reguläre Arbeitsplätze durch 1 Euro Jobs vernichtet werden, oder im Vorfeld aus taktischen Überlegungen schon abgebaut worden sind.

Wir sind bestürzt über solch eine Informationspolitik und die gesamte Hartz IV - Gesetzgebung und sind nicht bereit ihre Einführung in Heidelberg kommentarlos hinzunehmen.

Wir fordern deshalb die Stadt Heidelberg auf:

- in ihren öffentlichen Einrichtungen keine 1 Euro Jobs anzubieten, geschweige denn zu schaffen.
- eine breit angelegte öffentliche Diskussion und kein Totschweigen von Fakten über soziale und finanzielle Auswirkungen auf Heidelberg
- alle Initiativen und Verbände in die Pflicht zu nehmen vakante 1 Euro Job Plätze zwecks Kontrolle öffentlich anzuzeigen
- auf dem Gemeinde und Städtetag darauf hinzuwirken, diese unsoziale Gesetzgebung zu beenden.

Heinz Schenzel
Bunte Linke Heidelberg
Januar 2005